

Alexandra Klei

Synagogen, Gemeindehäuser, Denkmale

Zur (Un-)Sichtbarkeit ‚Jüdischen Bauens‘ nach dem Holocaust
in der BRD und in der DDR

Neofelis

Jüdische Kulturgeschichte in der Moderne
hrsg. von Joachim Schlör
Band 34

Alexandra Klei (Dr.) ist Architekturhistorikerin. Sie forscht seit vielen Jahren zu den Möglichkeiten und Bedingungen ‚Jüdischen Bauens‘ nach dem Holocaust, zu den Beziehungen von Erinnerung, Raum und Architektur sowie zu Bedeutungszuschreibungen in architektonischen Rekonstruktionen. Derzeit arbeitet sie an der Bet Tfila – Forschungsstelle für jüdische Architektur in Europa an der Technischen Universität Braunschweig in einem von der DFG geförderten Projekt zu den Netzwerken des Architekten Erich Mendelsohn.

Sie gehört der Fachredaktion „Jüdisches Leben nach 1945“ bei *Medaon* an, ist Mitglied des Forscherinnenkollektivs Space in Holocaust Research, in der Arbeitsgruppe „Kunst und Antisemitismus“ im Ulmer Verein sowie Redakteurin und Kuratorin für den *werkraum bild und sinn e. V.*, einem unabhängigen Ausstellungsprojekt für Fotografie und Videokunst in Berlin. Im Neofelis Verlag sind von ihr bisher u. a. *Jüdisches Bauen in Nachkriegsdeutschland. Der Architekt Hermann Zvi Guttman* (2017) und *Wie das Bauhaus nach Tel Aviv kam. Re-Konstruktion einer Idee in Text, Bild und Architektur* (2019) erschienen.

Einleitung: Geschichte, Beispiele, Zuordnungen	11
Geschichte	14
Beispiele	24
Zuordnungen	26
 I Vergangenheit im Raum: Zum Umgang mit (ehemaligen) Synagogen, ihren Grundstücken und der Erinnerung an ihre Zerstörung	29
I.1 Restitution und Entschädigung: Der Umgang mit Grundstücken und Gebäuden aus vormalig jüdischem Gemeindebesitz	34
I.2 Bestand und Nutzung: Erhaltene Synagogen nach 1945	47
I.2.1 Umnutzung: Der (ehemalige) Israelitische Tempel in der Oberstraße in Hamburg	68
I.2.2 Leerstand: Die ehemalige Synagoge in Görlitz	76
I.2.3 Abriss: Die Synagoge Friedrichstraße in Wiesbaden	86
I.3 Abriss, Denkmal oder Wiederaufbau: Vom Umgang mit den Ruinen	102
I.3.1 Wiederaufbau, Hülle oder Mahnmal: Die Ruine der Hauptsynagoge in Mannheim	112
I.3.2 Wiederaufbau: Die Ruine der Synagoge Roonstraße in Köln	125
I.3.3 Abriss, Neubau und Symbol: Die Ruine der Synagoge Fasanenstraße in West-Berlin	130
I.3.4 Ausgewählter Erhalt und Mahnmal: Die Ruine der Neuen Synagoge in Ost-Berlin	143
I.4 Mit Bezug zur Geschichte: Neubauten jüdischer Gemeinden auf den Grundstücken zerstörter Synagogen	166
I.4.1 Gedenken, Bauen, Erweitern: Der Neubau einer Synagoge mit Gemeindehaus in Stuttgart	171
I.4.2 Überbauen: Der Neubau der Synagoge mit Gemeindehaus in Erfurt ...	190
I.4.3 Neuanordnung: Der Neubau der Synagoge mit Gemeindehaus in Minden	201
I.4.4 Unklarer Bezug: Der Neubau der Synagoge mit Gemeindezentrum in Kassel	215
I.5 Parkplätze und Gedenken: Die Erinnerung an die sogenannte Reichspogrom- nacht und der Umgang mit dem historischen Ort der Synagoge	225
I.5.1 Vergleichsobjekt, Parkplatz, Gedenkort: Der Umgang mit dem Areal der zerstörten Synagoge in Freiburg im Breisgau	246
I.5.2 Freifläche, Bauland, Denkmal: Der Umgang mit dem Areal der zerstörten Synagoge in Halle an der Saale	252

I.6	Ein Friedhof als Bauland: Die Errichtung von Synagogen und Gemeindehäusern auf Grundstücken der Vorgängergemeinden	259
I.6.1	Von der Friedhofshalle zur Synagoge: Der Neubau der Jüdischen Gemeinde zu Dresden	263
I.6.2	Die Unsichtbarkeit der Geschichte: Die Errichtung des Gemeindehauses mit Synagoge in Paderborn	277
II	Vom Provisorium zum Dauerhaften: Die Um- und Weiternutzung von bestehenden Räumen durch jüdische Gemeinden	293
II.1	Wohnungen, Sitzungssäle, Waisenhäuser: Temporäre Umnutzungen in den ersten Nachkriegsjahren	303
II.2	Wohnhäuser und Gemeindebauten: Dauerhafte Um- und Weiternutzungen bestehender Gebäude	315
II.2.1	Villa und Mehrfamilienhaus: Die Umnutzungen der Synagogen-Gemeinde zu Magdeburg	321
II.2.2	Vom Betsaal zum Museum: Das Gemeindehaus der Jüdischen Landesgemeinde Mecklenburg in Schwerin	330
II.2.3	Synagoge, Gemeindehaus, Altenheim: Die Gebäude der Jüdischen Gemeinde Halle an der Saale	335
II.2.4	Die Fabrikanten-Villa als Gemeindehaus: Die Umnutzungen der Jüdischen Kultusgemeinde Heidelberg	342
II.2.5	Wiedernutzung: Das Gemeindehaus der Jüdischen Gemeinde Karlsruhe	346
II.3	Das umgenutzte Wohnhaus: Der Erwerb von Gebäuden zur Einrichtung von Gemeindezentren	352
II.3.1	Wohnhaus mit Anbau: Ein Gemeindehaus mit Synagoge für die Jüdische Gemeinde Gelsenkirchen	356
II.3.2	Vom Gründerzeit- zum Gemeindehaus: Der Umbau eines Wohnhauses für die Jüdische Gemeinde Aachen	359
II.3.3	Von der privaten Wohnung zum erworbenen Wohnhaus: Die Umnutzung eines Gebäudes durch die Israelitische Gemeinde Freiburg im Breisgau	362
III	Wer (neu) baut, soll bleiben: Synagogen, Gemeindezentren und andere Bauaufgaben	369
III.1	Die Alternative: Gemeindehäuser mit Betsaal	374
III.1.1	Der Neubau vor dem Neubau: Das Jüdische Gemeindehaus in Mannheim	379
III.1.2	Architekten und Architekturen: Das Jüdische Gemeindehaus Fasanenstraße in West-Berlin	385
III.1.3	Der späte Neubau: Das Jüdische Gemeindehaus in Chemnitz / Karl-Marx-Stadt	399

III.2	Die Suche nach Ort und Form: Synagogen mit Gemeindezentren	405
III.2.1	Synagoge, Gemeindehaus, Altenheim und Jugendzentrum: Neubauten in Dortmund	432
III.2.2	Einer neben anderen: Der Neubau einer Synagoge mit Kulturzentrum in Hamburg	443
III.2.3	Vereinfachungen: Der Neubau der Synagoge mit Gemeindezentrum in Bremen	460
III.2.4	Der lange Weg zum Neubau: Ein Altenheim mit Gemeindezentrum und Synagoge in Nürnberg	468
III.2.5	Ein Davidstern als Raum: Der Neubau der Synagoge mit Gemeindezentrum in Karlsruhe	480
III.2.6	Die Rückkehr ins Zentrum: Der Neubau der Synagoge mit Gemeindezentrum in Freiburg im Breisgau	496
III.2.7	Die Einbindung in den städtischen Raum: Der Neubau einer Synagoge mit Gemeindezentrum in Mannheim	516
III.2.8	Vom Gemeindezentrum zur Jüdischen Hochschule: Die Planungen für einen Neubau in Heidelberg	533
III.3	Umnutzungen und Neubauten: Alten- und Pflegeheime	541
III.3.1	Um- und Weiternutzungen: Jüdische Altenheime in bestehenden Gebäuden	543
III.3.2	Integrationen: Jüdische Altenheime in Gemeindezentren	545
III.3.3	Eigenständigkeit: Jüdische Altenheime als Neubauten	546
III.4	Die nachgeordnete Bauaufgabe: Neubauten auf Friedhöfen	552
III.4.1	„Wärterhaus“ statt Synagogengrundstück: Der Neubau auf dem jüdischen Friedhof in Freiburg im Breisgau	558
III.4.2	Mahnmal und Trauerhalle: Der Neubau auf dem Neuen Israelitischen Friedhof in Leipzig	564
III.4.3	Gescheiterte Planungen: Die Erweiterung des Friedhofsgebäudes in Minden	566
Schluss: Leerstellen, Zuschreibungen, Sichtbarkeiten		569
Archive		575
Literaturverzeichnis		578
Abbildungsverzeichnis		605
Ortsverzeichnis		610

Einleitung

Geschichte, Beispiele, Zuordnungen

Da die Bauten weitgehend mit öffentlichen Mitteln bezahlt wurden und ihre Größe oft mehr vom Wiedergutmachungswillen der Geldgeber als von dem tatsächlichen Bedürfnis der Gemeinden bestimmt wurde, entstanden in vielen Gemeinden Baulichkeiten, deren Faßkraft über dem liegt, was vernünftigerweise als Synagogenbesucherzahl zu erwarten wäre. [...] Die zu großen Synagogen, die aufgrund des lobenswerten Willens zur Wiedergutmachung und einer daraus resultierenden Großzügigkeit der Landes- und Stadtbehörden erstanden sind, müssen als unrealistisch und damit wohl auch als unsachgemäß betrachtet werden. [...] So ist der tragische Zeitpunkt abzusehen, an dem in Deutschland eine Zahl von mit viel Aufwand – als Ausdruck eines dankenswerten, aber leider machtlosen Willens, die Wunden der Vergangenheit zu heilen – errichteten Synagogen nur noch leere Denkmäler einer zu spät erfolgten Umkehr und eines fehlgeleiteten Sühnewillens darstellen.¹

Hans Lamm, der 1966 diese Zeilen schrieb, war es 1938 noch gelungen, Deutschland zu verlassen und in die USA zu emigrieren. Im Sommer 1945 kehrte er zurück und arbeitete unter anderem über mehrere Jahre als Übersetzer bei den Nürnberger Prozessen. Zwischen 1955 und 1961 war er Kulturdezernent des Zentralrats der Juden in Deutschland, zudem Journalist, Publizist, Verlagsgründer und ab 1970 Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern. Daneben gehörte er viele Jahre dem Direktorium des Zentralrats an.² Das Zitat entstammt einem längeren Text zur Geschichte und Gegenwart des Synagogenbaus, der in der westdeutschen Architekturzeitschrift *Baumeister* erschien und sich damit zuallererst an ein nicht-jüdisches Fachpublikum richtete. Zu dieser Zeit war bereits die überwiegende Zahl der Synagogen, die vor 1990 neu entstehen sollten, gebaut worden. In vielen anderen Orten, dabei sowohl in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) als auch in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), hatten sich die Überlebenden langfristig in bestehenden Gebäuden eingerichtet. Auch wenn sich einzelne Gemeinden wieder aufgelöst hatten, andere sich bald auflösen würden und nicht wenige in den kommenden zwei Jahrzehnten voller Sorge auf sinkende Mitgliederzahlen blickten, zeichnete sich 1966 bereits ab, dass es nach dem Holocaust in Deutschland wieder jüdisches Leben gab. Michael Brenner und Norbert Frei charakterisieren in ihrer 2012 vorgelegten Studie die Zeit zwischen 1950 und 1967 als eine Phase der „Konsolidierung“³, in der nicht nur mit dem im Juli 1950 gegründeten Zentralrat der Juden in Deutschland eine Gesamtvertretung der hier lebenden Juden:Jüdinnen gegründet wurde, sondern die sie zudem als eine „Zeit des Sesshaftwerdens der jüdischen Gemeinden“⁴ bezeichnen.

Tatsächlich lassen sich nicht viele Hinweise dazu finden, wie Überlebende und ihre Nachkommen, jüdische Funktionär:innen⁵ oder einfache Gemeindemitglieder über die ab dem Beginn der 1950er Jahre eröffneten Synagogen dachten. Aber immer war die Verknüpfung einer nicht-jüdischen ‚Wiedergutmachung‘ mit

1 Hans Lamm: Synagogenbau gestern und heute. In: *Baumeister* 63,1 (1966), S. 53–59, hier S. 58.

2 Ausführlich zu seiner Biografie Andrea Sinn: „Und ich lebe wieder an der Isar.“ *Exil und Rückkehr des Münchner Juden Hans Lamm*. München: Oldenbourg 2008.

3 Michael Brenner / Norbert Frei: Konsolidierung, 1950–1967. In: Michael Brenner (Hrsg.): *Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart*. München: Beck 2012, S. 153–293.

4 Ebd., S. 183.

5 Zweifellos waren es sowohl auf jüdischer als auch auf nicht-jüdischer Seite in den Nachkriegsjahrzehnten männlich gelebte Personen, die das politische und gesellschaftliche Geschehen, und damit auch die Entwicklung der Bauprojekte, dominierten. Gleichwohl waren (einzelne) Frauen in diesen Prozessen ebenfalls und vielfältig involviert und / oder machten sie

Synagogenneubauten in der (medialen) Öffentlichkeit positiv konnotiert und dies blieb nicht zwangsläufig auf die Situation der Gemeinde begrenzt. So sprach beispielsweise der Hamburger Erste Bürgermeister Max Brauer (SPD) 1958 anlässlich der Grundsteinlegung für einen mit Entschädigungsgeldern finanzierten Synagogenneubau davon, dass sich die Stadt so einen „Teil“ ihrer „Würde“ zurückgebe.⁶ Dass jemand wie Lamm die vor allem symbolische Funktion dieser Projekte offen ansprach und sie mit Blick auf die kleinen jüdischen Gemeinden als fehlgeleitet kritisierte, war eine Ausnahme, nicht nur in seiner Zeit. Über 20 Jahre später wird Salomon Korn in einem Artikel, der erstmals einen fundierten Überblick zum Bau von Synagogen nach 1945 gibt, schreiben, dass diese Verknüpfung eine fachliche Kritik ihrer Architektur verhindert habe.⁷ Und erst weitere 30 Jahre danach wird es erstmalig eine öffentlich geführte Debatte um einen Synagogenneubau geben, die eine kritische Auseinandersetzung mit ihrer angedachten Architektur beinhaltet: Der von der Jüdischen Gemeinde in Hamburg artikulierte Wunsch, die in der sogenannten Reichspogromnacht 1938 zerstörte Bornplatzsynagoge als Rekonstruktion am historischen Ort zu errichten, löste breite Unterstützung aus, traf aber zunächst auch kurzzeitig auf Widerspruch.

Dabei irrte Lamm: Natürlich konnte er 1966 nicht davon ausgehen, dass jüdische Gemeinden sich wieder langfristig etablieren würden, aber er muss zu diesem Zeitpunkt gewusst haben, dass die Mehrzahl der Städte und Bundesländer weder großzügig handelten noch ein von einem tatsächlichen Willen zur ‚Wiedergutmachung‘ geleitetes Interesse besaßen, Gemeinden in ihren Projekten zu unterstützen, und dass oft (zunächst) eher das Gegenteil der Fall war: Entscheidungsträger:innen versuchten, Entschädigungs- und Restitutionsansprüche in Frage zu stellen, herunterzuhandeln oder abzuwehren. Sie verweigerten Gemeinden die Möglichkeit, ihre vormaligen Synagogengrundstücke zurückzubekommen. Sie zwangen Gemeinden, um ihre Ansprüche zu betteln, sich für sie zu rechtfertigen, immer neue Nachweise für ihre Rechtmäßigkeit zu erbringen, ihre Bedürfnisse zu beschneiden, sich mit abgelegenen Grundstücken zufriedenzugeben, Planungen für Neubauten städtischen Akteur:innen zu überlassen. Sie verzögerten Bauprojekte durch ausbleibende Rückmeldungen und verspätete Überweisungen von Geldern. Diese und andere von nicht-jüdischen Akteur:innen in der Bundesrepublik und in der DDR geschaffenen Bedingungen – und ihre Ausnahmen – und die für die jüdischen Gemeinden bestehenden Möglichkeiten, ihre Gebäude zu er- oder einzurichten, sind Gegenstand des vorliegenden Buchs.

Dabei werden zwei Aspekte verknüpft: Zum einen rekonstruiere ich diese Möglichkeiten und Bedingungen für einzelne Gemeinden anhand ihrer Bemühungen, Synagogen und andere Gebäude für ihre Nutzungen zu bauen – oder nicht bauen zu können. Zum anderen wird auf dieser Grundlage eine Systematik ‚Jüdischen Bauens‘ zwischen 1945 und 1989/90 entwickelt, die dabei helfen soll, das Baugeschehen anhand seiner Voraussetzungen und ihrer Folgen zu (er-)fassen. Es geht also nicht darum, die Geschichte ‚Jüdischen Bauens‘ in den beiden deutschen Nachkriegsstaaten entlang von Phasen deutsch-jüdischer Geschichte und des Synagogenbaus nach 1945 zu erzählen,⁸ sondern der Frage nachzugehen, welche Voraussetzungen

durch ihre Arbeit überhaupt erst möglich, auch wenn Dokumente und Forschungen diese Rollen nicht sichtbar machen. Vor diesem Hintergrund wird nur dann, wenn konkrete Handlungen und / oder Entscheidungen allein männlichen Akteuren zuzuordnen sind, dies durch Verzicht auf gegenderte Formen markiert.

6 H. Sz.: Dennoch: ein Tag der Beglückung. In: *Hamburger Echo*, 10.11.1958. Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg (StA), Hamburg, 131–III 5562, Bl. 53.

7 Salomon Korn: Synagogenarchitektur in Deutschland nach 1945. In: Hans-Peter (Hrsg.): *Die Architektur der Synagoge*. Ausstellungskatalog Deutsches Architekturmuseum. Frankfurt am Main / Stuttgart: Klett 1988, S. 287–344, hier S. 308.

8 Analog zu den bei Brenner (Hrsg.): *Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart* herausgearbeiteten Phasen Zwischenstation (1945–1950), Konsolidierung (1950–1967), Positionierungen (1968–1989) und Aufbrüche (1990–2012) finden sich Einordnungen auch für die Synagogen(neu)bauten, bleiben dabei bisher aber fragmentarischer und konzentrieren sich neben der Form im Wesentlichen auf die Frage einer intensiven (1950er und 1960er Jahre) und einer stagnierenden (1965 bis Mitte der 1980er Jahre bzw. bis 1990) Bautätigkeit. Grundlegend zurück geht dies auf Korn: Synagogenarchitektur in Deutschland nach 1945, ausführlich wird es bei Elisabeth Rees-Dessauer: *Zwischen Provisorium und Prachtbau. Die Synagogen der jüdischen Gemeinden in Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2019, insb. S. 39–82, angewandt und zugrunde liegt es auch Katrin Keßler / Ulrich Knufinke: Introduction to

existierten oder geschaffen wurden, um jüdischen Gemeinden (einen oder keinen) *Raum* zu geben. Dabei ist der Ausgangspunkt wortwörtlich ein Platz im städtischen Raum: Der Umgang mit dem historischen Ort vormaliger jüdischer Geschichte, mit erhaltenen ebenso wie mit zerstörten Synagogen und anderen Bauten und ihren Grundstücken, definierte eine der Ausgangsbedingungen für jüdische Gemeinden, sich wieder einzurichten. Standen ihnen noch erhaltene Gebäude zur Verfügung und besaßen diese langfristig ausreichend Potenzial, veränderten Nutzungsanforderungen gerecht zu werden? Überließen Städte und jüdische Restitutionsorganisationen den Überlebenden Grundstücke der Vorgängergemeinden, um Neubauten zu errichten, und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen? Welche anderen Grundstücke konnten die Gemeinden unter welchen Bedingungen finden? Und welche Entschädigungen erhielten sie zu welcher Verwendung? Dies lässt sich zunächst, als wären mit den Entscheidungen zur ‚Wiedergutmachung‘, der Etablierung von Restitutionsorganisationen, den getroffenen Vergleichen und aus ihnen resultierenden Zahlungen zumindest in der Bundesrepublik nur die 1950er Jahre relevant. Aber die untersuchten Beispiele werden verdeutlichen, welche Konsequenzen diese Aspekte für die langfristigen Entwicklungen und damit verbunden die ganz unterschiedlichen Situationen von Gemeinden auch noch in den 1970er und 1980er Jahren hatten. Und wenn man möchte, lassen sich hier Beziehungen bis in die Gegenwart nachzeichnen: Dass einige Gemeinden ihre Neubauten ab den 1990er Jahren auf den Grundstücken der Vorgängerbauten errichten konnten, resultierte nicht zuletzt daraus, dass diese Areale in den 1950er Jahren den Städten überlassen und dann, entgegen ersten Ankündigungen, oft nicht oder nur teilweise überbaut worden waren.

Diese Ausgangspunkte ermöglichen es, die Geschichte ‚Jüdischen Bauens‘ in der DDR unmittelbar einzubinden und sie im Vergleich zu analysieren: Anders als in den westlichen Besatzungszonen / der BRD erhielten die Gemeinden in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) / der DDR bereits 1948/49 vormalige Gemeindegrundstücke und -bauten zurück. Dies war einer der Gründe, neben der geringen Zahl ihrer Mitglieder, dass erste bauliche Lösungen und Entscheidungen dauerhaft(er) waren und deutlich früher getroffen werden konnten. Dabei erlaubt es mein Vorgehen auch, einen Schritt in Richtung einer Forschung zur jüdischen Geschichte in der DDR zu gehen, die das bisher in der Literatur vorgegebene Raster allein politischer Indienstnahmen als Grundlage verlässt. Für das ‚Jüdische Bauen‘ der Gemeinden kann (und soll) zu einer empirischen Architekturgeschichtsschreibung gefunden werden, mit der die tatsächlichen Entwicklungen und Entscheidungen von Bedeutungszuschreibungen unterschieden werden, die in der Forschung, der Literatur und der Öffentlichkeit sowohl für die Bundesrepublik – hier eher positiv – als auch für die DDR – hier eher negativ – erfolgen.

Als ‚Jüdisches Bauen‘ werden nicht nur, aber auch in Abgrenzung zu dem aus meiner Sicht problematischen, weil unbestimmten Terminus einer ‚Jüdischen Architektur‘ unterschiedliche Aspekte zusammengefasst: das Leben und Wirken jüdischer Architekt:innen, die jüdischen Gemeinden als Bauherrinnen, die für jüdische Nutzungen errichteten Bauten und schließlich ihre Rezeption, sprich die mit ihnen verknüpften Bedeutungszuschreibungen seitens einer jüdischen und / oder einer nicht-jüdischen Öffentlichkeit im Rahmen von Eröffnungsfeierlichkeiten, in Tageszeitungen oder anderen Publikationen. Gefragt wird danach, in welchen – architektonischen, städtischen und öffentlichen – Räumen sich jüdisches Leben nach der Shoah in beiden Ländern entwickeln konnte und wer diese Räume auf welche Weise bestimmte und gestaltete. Während ich mit meinen Forschungen vor allem zu Hermann Zvi Guttmann (auch) der Frage nach den Möglichkeiten und Bedingungen für jüdische Architekten, in Nachkriegsdeutschland zu leben und zu arbeiten, nachgegangen bin,⁹ stehen in dem vorliegenden Buch die Bauaufgaben der Gemeinden sowohl in Form von Neubauten als auch als Um- und Weiternutzungen im Vordergrund; neben den Synagogen

Part 1: Synagogues and Spaces in Post-War Germany. In: Katrin Keßler / Sarah M. Ross / Barbara Staudinger / Lea Weik (Hrsg.): *Jewish Life and Culture in Germany After 1945. Sacred Spaces, Objects and Musical Traditions*. Berlin: de Gruyter Oldenbourg 2022, S. 7–34.

9 Alexandra Klei: *Jüdisches Bauen in Nachkriegsdeutschland. Der Architekt Hermann Zvi Guttmann*. Berlin: Neofelis 2017.

und Gemeindezentren betrifft dies Altenheime, Friedhofsgebäude und Denkmale.¹⁰ Damit werden zugleich die Gemeinden als Bauherrinnen behandelt, aber nicht allein: In einigen Orten, unter anderem in Kassel, Mannheim oder West-Berlin, waren es die Städte als politische und Verwaltungsgremien, die diese Rolle übernahmen.

Im Folgenden werden zunächst einführend drei Punkte dargestellt: Als erstes skizziere ich einige Aspekte jüdischer Geschichte nach 1945, um einen (zu) kurzen Einblick zu geben und damit einige grundlegende Entwicklungen sowohl in der Bundesrepublik¹¹ als auch in der DDR aufzuzeigen. Die beiden anschließenden Abschnitte beziehen sich auf die vorliegende Publikation selbst: Zunächst begründe ich die Auswahl meiner Beispiele und stelle anschließend daraus resultierende Zuordnungen, und damit die Struktur des Buchs, vor.

Geschichte

Die Geschichte der Gemeinden und ihrer übergeordneten Institutionen ist nur ein Aspekt jüdischer Gegenwart in Deutschland; nicht nur, weil besonders in der DDR zahlreiche jüdische Re-Migrant:innen lebten, die in keine Gemeinde eingetreten waren. Vor allem aber besaß / besitzt jüdische Gegenwart deutlich mehr Facetten: Aspekte (partei-)politischen, kulturellen und sozialen Wirkens, den Aufbau wirtschaftlicher Existenzen, die Möglichkeiten, einen *jüdischen* Alltag zu gestalten, den Kampf um individuelle Entschädigungen und Restitutionen, den Einfluss der unterschiedlichen Formen von Anti- und / oder Philosemitismus auch auf den:die Einzelne:n, die Möglichkeiten, Sichtbarkeit für jüdische Themen, Erinnerung, Geschichte zu erreichen. In beiden Staaten waren die Überlebenden gezwungen, sich inmitten kriegszerstörter Städte und sich neu organisierender Gesellschaften Räume und eine Infrastruktur zu schaffen, die sich in vermutlich nahezu jeder Hinsicht von den Ansprüchen, Bedürfnissen, Voraussetzungen und Gegebenheiten der Zeit vor 1933 grundlegend unterschieden. Dabei waren die meisten Juden:Jüdinnen körperlich und / oder seelisch in ausgesprochen schlechter Verfassung. Die nordrhein-westfälische Kommission zur Vorbereitung eines einheitlichen Wiedergutmachungsgesetzes verwies beispielsweise 1950 darauf, dass die Zahl der Toten unter den ehemaligen Verfolgten immer stärker ansteige und dies Rückschlüsse auf ihren schlechten Gesundheitszustand zuließe.¹²

Daneben waren die Überlebenden in den ersten Nachkriegsjahrzehnten sowohl als Individuen als auch mit ihren Institutionen permanent mit Menschen konfrontiert, die sich auf ganz unterschiedliche Weisen im Nationalsozialismus engagiert, von ihm profitiert, ihn (mit-)organisiert, die sich an der Ausgrenzung, Verfolgung, Enteignung, Demütigung, Ermordung von Juden:Jüdinnen und anderen, nach NS-Kriterien definierten Menschen(-gruppen) beteiligt hatten. Für die Bundesrepublik wird sich in unterschiedlichen Beispielen immer wieder aufzeigen lassen, dass der Neubau von Synagogen und Gemeindehäusern auch von diesen Menschen mitgestaltet und mitbestimmt wurde. Dieser Aspekt ist bei Weitem nicht ausreichend erforscht und dargestellt. Gleichwohl wird hier zumindest für die Bundesrepublik ein Feld von Beziehungen skizziert, mit dem verdeutlicht werden kann, dass und wie (vormalige) Täter:innen und Profiteur:innen in die Gestaltung jüdischer Gegenwart involviert waren.¹³ Für die DDR muss dies in dieser Publikation hingegen

10 Dies ist keine vollständige Auflistung; erstaunlich viele Gemeinden errichteten z. B. Wohnhäuser, einige wenige schufen Kindereinrichtungen etc. Auch mit Blick auf eine oft schwierige Aktenlage muss dies Gegenstand zukünftiger Forschungen werden.

11 Da ich bereits in Klei: *Jüdisches Bauen in Nachkriegsdeutschland* u. a. einige Ausführungen zur Geschichte und der Architektur von Synagogen sowie zu jüdischer Geschichte vor 1938/41 und nach 1945 veröffentlicht habe, verzichte ich hier darauf, diese zu wiederholen.

12 Stefan Nies: Der Neubeginn der jüdischen Gemeinde in Gelsenkirchen. In: Ders. / Stefan Goch (Hrsg.): *Selbstbehauptung nach dem Holocaust. Die jüdische Gemeinde Gelsenkirchen nach 1945*. Essen: Klartext 2021, S. 71–85, hier S. 71–72.

13 Für die Architekturgeschichte sind derartige Beziehungen immer noch ein Desiderat, auch vor dem Hintergrund, dass das Wirken und Handeln vieler deutscher Architekten im Nationalsozialismus nach wie vor verharmlosend dargestellt werden. Vgl. hierzu die Überlegungen zu ‚Architektur und Politik‘ in: Klei: *Jüdisches Bauen in Nachkriegsdeutschland*, S. 339–343. Mit dem Forschungsprojekt „Planen und Bauen im Nationalsozialismus. Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen“ (Unabhängige Historikerkommission im Auftrag der Bundesregierung) und der aus den Ergebnissen resultierenden Ausstellung *Macht, Raum, Gewalt. Planen und Bauen im Nationalsozialismus* (Akademie der Künste Berlin, 19.04.–16.07.2023) wurde

Beispiele

Während für die DDR bereits aufgrund ihrer geringen Zahl alle Gemeinden, die 1989/90 noch existierten, in die Untersuchung einbezogen werden konnten, gestaltete sich das ‚Jüdische Bauen‘ in der Bundesrepublik deutlich umfangreicher und komplexer, als dass es sich in einer einzigen Publikation vollständig abbilden ließe. Vor diesem Hintergrund war es notwendig, eine Auswahl zu treffen. Ein Ausgangspunkt war die Überlegung, mich auf Gemeinden zu konzentrieren, die sich für eine Zusammenarbeit mit nicht-jüdischen Architekten entschieden hatten. Dafür gab es aus meiner Sicht mehrere Gründe: Zum einen bin ich mit meinen Forschungen zu Hermann Zvi Guttman den Möglichkeiten und Bedingungen für einen jüdischen Architekten bereits nachgegangen und habe damit zudem die Entstehung unter anderem der Synagogen in Offenbach, Düsseldorf, Hannover, Osnabrück, Würzburg und Frankfurt am Main, der Betsäle in Fürth, Augsburg und Bayreuth, des Jüdischen Mahnmals in der KZ-Gedenkstätte Dachau, von Altersheimen in Hamburg, Hannover und Frankfurt am Main sowie der Trauerhallen in Hannover und Augsburg untersucht. Zum anderen hegte ich zu Beginn der Arbeit an diesem Buch die, nach heutigem Stand vergebliche, Hoffnung, dass es mir gelingen wird, das Archiv von Helmut Goldschmidt, dem zweiten wichtigen jüdischen Synagogenarchitekten der 1950er und 1960er Jahre zu finden und ihm und seinem Wirken in der Folge eine eigenständige Publikation widmen zu können.⁹⁹ Zum dritten kommt den Synagogen, die von nicht-jüdischen Architekten entworfen wurden, in der wissenschaftlichen und öffentlichen Aufmerksamkeit bisher oft nur eine nachgeordnete Rolle zu. Dies gilt besonders für die Bauten, die das 1950 gegründete Karlsruher Büro von Hermann Backhaus und Harro Wolf Brosinsky für den Oberrat der Israeliten in Freiburg, Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim und Baden-Baden plante und (nicht immer) umsetzte, sowie für Bauten, bei denen nicht-jüdische Architekten einmalig Synagogen entwarfen. Mit diesem Fokus hatte ich mir auch Antworten darauf versprochen, warum Gemeinden sich für eine Zusammenarbeit mit nicht-jüdischen Architekten entschieden und welche Kriterien dabei für sie im Vordergrund standen. Es stellte sich allerdings schnell heraus, dass diese Fragen nicht besonders weit führten, weil es keine Aktengrundlage gibt, weil es in den Fällen, bei denen sich Architekten einmalig dieser Bauaufgabe widmeten, häufig die Städte waren, die diese Entscheidungen für die Gemeinden getroffen hatten, und weil die Antwort in anderen Fällen irritierend simpel ist: Man kannte sich aus anderen Zusammenhängen, wurde weiterempfohlen (Karl Gerle)¹⁰⁰ oder hatte bereits außerhalb von Gemeindeprojekten zusammengearbeitet (Backhaus & Brosinsky).¹⁰¹

Der zweite Ausgangspunkt für eine Auswahl von Beispielen war der Ort: Der Umgang mit noch erhaltenen Synagogen und anderen Bauten vormals jüdischer Nutzung, mit den vielen noch vorhandenen Synagogenruinen und den vormaligen Synagogengrundstücken bestimmte maßgeblich die Entwicklungen und die Bedingungen, unter denen jüdische Gemeinden ihre Neubauten errichten konnten. Einbezogen sind daher im Folgenden sowohl Gemeinden, die ihre Synagogen auf den Arealen zerstörter Vorgängerbauten errichten konnten, als auch Gemeinden, die gezwungen waren, neue Grundstücke zu suchen.

Und ein dritter Ausgangspunkt war die Feststellung der wichtigen Funktion, die Um- und Weiternutzung von Gebäuden für die Geschichte der Gemeinden nach 1945 haben. Der oft in der Literatur verwendete Terminus von ‚provisorischen Beträumen‘ täuscht darüber hinweg, dass die Gemeinden diese Lösungen nicht nur für kurze Zeiträume etablierten, sondern sich auf diese Weise, als Alternative zu Neubauten und dabei unter ganz unterschiedlichen Voraussetzungen, langfristige Räume schufen, die oft über mehrere Jahrzehnte bestanden und in einigen Fällen bis in die Gegenwart bestehen. In einer Einordnung lässt sich sagen, dass Um- und Weiternutzungen eines der zentralen Merkmale ‚Jüdischen Bauens‘ der Zeit zwischen

99 Die Hoffnung habe ich nach wie vor nicht aufgegeben, obwohl meine zeitweise intensive Suche erfolglos war. Von verschiedenen Stellen hieß es wiederholt, dass es kein Archiv mehr gäbe. Wolfram Hagspiel, dem die umfangreichste Darstellung zu Goldschmidts Wirken zu verdanken ist (vgl. ders.: *Köln und seine jüdischen Architekten*. Köln: Bachem 2010, S. 242–313) und der darin wiederholt auf ein „Archiv Helmut Goldschmidt“ verweist, hat auf meine wiederholten Anfragen nicht reagiert und verstarb 2021.

100 Vgl. Kap. I.4.3.

101 Vgl. Abschnitt „Architekten“ in Kap. III.2.

1945 und 1989/90 sind. Vor diesem Hintergrund wird ihnen ein eigener Teil in der Publikation gewidmet und damit erstmalig der Versuch unternommen, über eine Kategorisierung von Beispielen und Tendenzen ein Verständnis für ihre hohe Bedeutung zu schaffen.

Und schließlich war das Bemühen, mit Hilfe von Beispielen einen Einblick in die Vielfalt der Bauaufgaben, der Bedürfnisse zu unterschiedlichen Zeiten und der angestrebten Lösungen zu geben, ein vierter Ausgangspunkt.

Grundsätzlich lassen sich erst durch eine Sammlung verschiedener Beispiele Aussagen zu den Möglichkeiten und Bedingungen und der Vielzahl von angewandten Strategien und Lösungen treffen. Daher ist dieses Buch auch davon geprägt, möglichst viele Geschichten, Bauten, Überlegungen, Entwicklungen zueinander in Beziehung zu setzen. Auf diese Weise soll die Bedeutung einzelner Entscheidungen und Handlungen besser eingeordnet werden können. Da sich für nahezu jede allgemeine Feststellung immer mindestens ein Gegenbeispiel finden lässt, soll so die Situation für die einzelne Gemeinde, ihre Bedürfnisse und Räume über die Beziehung und die Zusammenstellung nachvollziehbarer werden. Dies führt zu einer grundsätzlichen Feststellung: Es kann und muss davon ausgegangen werden, dass die Beispiele und Bauten, die nicht untersucht wurden, Aspekte ‚Jüdischen Bauens‘ sichtbar werden lassen könnten, die bisher nicht einbezogen sind. Allein für die Neubauten von Synagogen lässt sich dies mit Blick auf die Ausgangsvoraussetzungen bereits erahnen: Mit der 1959 in Bonn nach Plänen von Goldschmidt eingeweihten Synagoge entstand zum Beispiel ein Neubau in der damaligen Bundeshauptstadt, für den die Gemeinde ein neues Grundstück finden musste. Für die Synagogenneubauten in Essen (eingeweiht 1959) und Darmstadt (eingeweiht 1988) wurden zu gänzlich verschiedenen Zeitpunkten Wettbewerbe durchgeführt. Dabei waren in Darmstadt allein jüdische Architekten zugelassen; eine Vorgabe, die in den 1950er Jahren vollkommen unmöglich gewesen wäre. Dies soll also auch ein Plädoyer dafür sein, die Forschungen zum ‚Jüdischen Bauen‘ der Zeit zwischen 1945 und 1989/90 nicht als abgeschlossen anzusehen. Das ist zudem vor dem Hintergrund der verwendeten Akten relevant: Die Rekonstruktionen der einzelnen Beispiele sind natürlich ein Ergebnis der Unterlagen, die einbezogen werden konnten, und dies gestaltete sich sehr unterschiedlich. Grundsätzlich müssen Um- und Weiternutzungen ebenso wie neue Friedhofshallen und Altenheime deutlich fragmentarischer dargestellt werden als Synagogenneubauten, unter anderem weil Archive von Architekt:innen, die diese Arbeiten durchführten, nicht eingesehen werden konnten und die Forschungsliteratur jenseits von Daten nur unzureichend Auskunft gibt. Über lange Zeit erschwerten Restriktionen infolge der Covid-19-Pandemie Zugänge zu Archiven oder die Möglichkeit, Gebäude zu besichtigen. Dem Projekt sind aufgrund seiner Förderdauer Grenzen gesetzt, die manchmal zu der Entscheidung führen mussten, die Recherche nach (weiteren) Unterlagen und / oder Ansprechpartner:innen abzubrechen. Und für die Bauprojekte des Oberrats in Baden verweigerte mir dieser die Einsicht in seine Akten.¹⁰² Für Mannheim und Freiburg konnte dann zwar mit Hilfe städtischer Unterlagen ein teilweise ausgesprochen präzises Bild der Entwicklungen nachgezeichnet werden, in dem sich jedoch eine *jüdische Sicht* nur punktuell darstellen lässt. In Heidelberg dagegen waren einige Aspekte der (am Ende gescheiterten) Planungen für einen Neubaukomplex lediglich anhand einiger Pläne zu rekonstruieren, die aus den Bürobeständen von Backhaus & Brosinsky erhalten geblieben waren. Auch in Dortmund verweigerte die Gemeinde ihre Zustimmung zu einer Akteneinsicht;¹⁰³ unter anderem mit der Folge, dass sich die Geschichte einer in den 1950er Jahren neu gebauten Trauerhalle auf dem jüdischen Friedhof im Folgenden nicht erzählen lässt.

102 E-Mail von Thomas Orgonas, Geschäftsführer der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden, 07.02.2020, sowie E-Mail von Monika Preuß, Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, 10.05.2021.

103 Telefonat mit Leonid Charga, Geschäftsführer der Jüdischen Kultusgemeinde Groß-Dortmund, 11.06.2021.

Zuordnungen

Die Publikation gliedert sich – nach der Einleitung und vor dem Schluss – in drei Teile:

(1) Die Entscheidungen, ob den neuen Gemeinden Restitutionen zugesprochen oder verweigert wurden, wann und zu welchen Bedingungen Entschädigungszahlungen zur Verfügung standen, der Umgang mit erhaltenen Synagogen, mit Ruinen zerstörter Synagogen sowie mit den Grundstücken vormaliger Synagogen prägten maßgeblich die Möglichkeiten und Bedingungen jüdischer Gemeinden, ab den frühen 1950er Jahren neue Räume nach ihren veränderten Bedürfnissen zu etablieren. Unmittelbar verknüpft damit sind Fragen danach, in welcher Form Beziehungen zum Ort jüdischer Geschichte in der Architektur und Erinnerungszeichen hergestellt wurden und welche Rolle einer Sichtbarkeit jüdischer Geschichte im städtischen Raum dabei eingeräumt wurde. Diesen Aspekten wird der erste Schwerpunkt gewidmet. Vorgestellt werden Beispiele, die Möglichkeiten eines Umgangs mit erhaltenen Synagogen nachgehen (Hamburg Oberstraße, Görlitz, Wiesbaden Friedrichstraße), der Bedeutung von Ruinen (Köln Roonstraße, West-Berlin Fasanenstraße, Mannheim, Ost-Berlin Oranienburger Straße), den Möglichkeiten, vormalige Synagogengrundstücke wieder zu bebauen (Stuttgart, Erfurt, Minden, Kassel), dem städtischen Umgang mit nicht restaurierten Synagogengrundstücken (Freiburg, Halle) und der Bebauung (vormaliger) Friedhofsflächen (Paderborn, Dresden) für Synagogenbauten.

(2) Die Um- und Weiternutzungen bestehender Gebäude sind ein zentrales Merkmal ‚Jüdischen Bauens‘ zwischen 1945 und 1989/90, zum einen, weil Gemeinden auf diese Weise temporäre Räume besonders im Rahmen ihrer Neu- und Wiedergründung schufen, zum anderen, weil Gemeinden ab den 1950er Jahren mit ihnen eine Alternative zum Neubau von Synagogen und / oder Gemeindehäusern fanden oder finden mussten. Mit Blick auf die Dauer und die Voraussetzungen wurden drei Kategorien entwickelt: frühe Umnutzungen, die in den ersten Monaten und in einigen Fällen ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erfolgten und dabei einen ausgesprochen provisorischen Charakter hatten; Gebäude, die den Gemeinden für eine längerfristige Nutzung zur Verfügung gestellt wurden und die oft, aber nicht immer in einer Beziehung zu ihrer Geschichte standen (Magdeburg, Halle, Heidelberg, Karlsruhe); und schließlich Gebäude – in der Regel ehemalige Wohnhäuser –, die Gemeinden selbst erwarben, um sie zu Gemeindehäusern mit Betsälen umzubauen (Gelsenkirchen, Aachen, Freiburg).

(3) Für Neubauten von Synagogen, Gemeindezentren und Altenheimen war die überwiegende Zahl von Gemeinden gezwungen, neue Grundstücke zu finden. Dies bedeutete nicht nur, dass die Vorhaben deutlich mehr Zeit in Anspruch nahmen, weil sich eine Suche nach geeigneten Plätzen zum Teil schwierig gestaltete, sondern auch, weil durch ihren Erwerb weitere finanzielle Aufwendungen notwendig waren und sich schließlich die Frage nach einer Sichtbarkeit jüdischer Gegenwart im städtischen Raum in anderer Weise stellte als mit Blick auf die Wiedernutzung von Synagogengrundstücken. Vorgestellt werden drei Bauaufgaben: Gemeindehäuser mit Betsälen (Mannheim, West-Berlin Fasanenstraße, Karl-Marx-Stadt), realisierte ebenso wie gescheiterte Planungen für Synagogen mit Gemeindezentren (Dortmund, Hamburg, Bremen, Nürnberg, Karlsruhe, Freiburg, Mannheim, Heidelberg) und Altenheime. Damit, dass für die Synagogen Projekte aus vier Jahrzehnten vorgestellt werden können, lassen sich zudem zwei Entwicklungen aufzeigen: Mit den Neubauten in Freiburg und Mannheim (beide 1987 eingeweiht) beginnt eine Rückkehr der Bauaufgaben in städtische Zentren und ihre Integration in größere stadtplanerische Zusammenhänge. Zudem ändert sich die Bedeutung der ‚Wiedergutmachung‘: Während sie in den 1950er und 1960er Jahren unter anderem an konkrete Entschädigungszahlungen für die Zerstörung von Gemeindegut gebunden war, mussten jüdische Institutionen mit den 1970er Jahren (auch) neue Strategien zur Einwerbung finanzieller Mittel entwickeln. Als Abschluss von Teil (3) wird mit den Planungen für Friedhofsgebäude (Freiburg, Leipzig, Minden) einer weiteren Bauaufgabe nachgegangen, vor der Gemeinden besonders in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten standen. Aufgrund ihres Standorts nehmen diese Neubauten zwar ebenfalls unmittelbar Bezug zur Geschichte der Gemeinde, im Vordergrund der Betrachtung steht hier aber die Notwendigkeit für die Überlebenden, Raum für diese Funktion schaffen zu müssen.

Zu jedem dieser Themen skizziert zunächst eine längere Einführung sowohl zentrale Überlegungen und Merkmale als auch eine Vielzahl von unterschiedlichen Beispielen. Daran anschließend wird die Geschichte einzelner Orte ausführlich vorgestellt. Dabei deuten die wenigen Zeilen zu den Friedhofsbauten bereits an, dass die gewählte Systematik ein Konstrukt ist, das nicht immer geeignet ist, die Ausnahmen und / oder die Komplexität eines Beispiels zu erfassen oder Einordnungen jeweils ausschließlich zu ermöglichen. In der Folge sind einige der Beispiele geteilt und so mit unterschiedlichen Aspekten verknüpft: Für Mannheim werden der Umgang mit der erhaltenen Ruine der vormaligen Hauptsynagoge, die längere Umnutzung eines bestehenden Gebäudes sowie zwei zu unterschiedlichen Zeitpunkten errichtete Neubauten an zwei verschiedenen Standorten, die beide nicht (unmittelbar) mit der Geschichte der Gemeinde in einer Beziehung stehen, getrennt voneinander behandelt. Das Beispiel des Gemeindehauses Fasanenstraße in West-Berlin wird zum einen mit Blick auf den Umgang mit der in den 1950er Jahren noch erhaltenen Ruine untersucht und zum anderen als Realisierung eines Neubaus. Möglich wäre auch gewesen, es als Neubau, der auf dem Grundstück dieser Synagoge entstand, zu behandeln. Da wesentliche Aspekte dieser Beziehung aber bereits im Umgang mit der Ruine thematisiert werden, liegt eine Einordnung über die Bauaufgabe in der Folge näher. Für das Beispiel der Trauerhalle / Synagoge in Dresden ergeben sich ebenfalls Schwierigkeiten bei der Zuordnung, da das Gebäude aufgrund seines hybriden Charakters in der Herstellung ebenso wie in der Nutzung auch als Friedhofsbau eingeordnet werden könnte. Für Wiesbaden werden dagegen zwei Aspekte in einem Kapitel verknüpft: der Abriss der erhaltenen Synagoge in der Friedrichstraße Anfang der 1960er Jahre und der Bau einer neuen Synagoge auf ihrem Grundstück, um auf diese Weise der Frage nach der ausbleibenden In-Beziehung-Setzung dieser beiden Bauten in medialen Darstellungen besser nachgehen zu können.

Auf eine Abbildung von Plänen wird in der Studie verzichtet, zuallererst vor dem Hintergrund, dass es nicht möglich ist, sie in einer Verkleinerung abzudrucken, ohne dass ihr außerordentlicher Informationsgehalt verloren gehen und ihre Funktion damit auf eine schlichte Illustration reduziert würde. Die einzelnen Beispiele werden stattdessen von Fotografien begleitet, welche Bauten und Denkmale in ihrem heutigen Zustand zeigen. Auf diese Weise wird eine Ebene der Erzählung integriert, mit der die Darstellungen zur Rekonstruktion der Entstehung von Gebäuden und Erinnerungszeichen mit der Frage nach ihrer Aneignung in den Jahrzehnten seit ihrer Einweihung verknüpft und auf diese Weise (auch) die Sichtbarkeit jüdischer Geschichte und Gegenwart im städtischen Raum visualisiert werden kann. Im Fall nicht realisierter Projekte oder wieder aufgegebenen Gebäude zeigen Bilder angedachte Grundstücke oder die Gebäude in ihrer heutigen Nutzung. Sie verweisen so auf die Geschichte der Orte nach den Planungen der jeweiligen Gemeinde.

Mit der Untersuchung der Möglichkeiten und Bedingungen für jüdische Gemeinden, Synagogen und andere Gebäude für jüdische Nutzungen nach 1945 zu errichten, und der Frage, welchen Einfluss die nicht-jüdische Umgebungsgesellschaft dabei auf die Gestaltung, auf Standorte, Funktionen und / oder Erinnerungszeichen nahm, werden nur einige Kontexte jüdischer Geschichte und Gegenwart nach 1945 behandelt. Andere, die eine Voraussetzung für meine Fragestellungen und Forschungen bildeten, wurden im Überblick zur jüdischen Geschichte bereits aufgezeigt und werden die Vorstellung der einzelnen Gemeinden in den kommenden Kapiteln überhaupt erst ermöglichen. Weitere Aspekte jüdischer Geschichte nach 1945 wurden und werden derzeit von anderen Wissenschaftler:innen erarbeitet, konnten hier aber, da ihre Fertigstellung noch nicht erfolgt ist oder sich mit meiner eigenen Arbeit zu spät überschneidet, nicht oder nur unzureichend einbezogen werden: Peter Seibert veröffentlichte eine Publikation zum Umgang mit vormaligen Synagogen(-ruinen) nach dem Holocaust besonders, aber nicht ausschließlich in ländlichen Regionen auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik.¹⁰⁴ Kirsten Lange-Wittmann untersuchte in ihrer Dissertation *Synagogenarchitektur 1950 bis 1971 in Deutschland*¹⁰⁵

104 Peter Seibert: *Demontage der Erinnerung. Der Umgang mit dem jüdischen Kulturerbe nach 1945*. Berlin: Metropol 2023.

105 Ich danke Kirsten Lange-Wittmann für sehr erkenntnisbringende Gespräche.

alle Neubauten dieses Zeitraums¹⁰⁶ und stellt sie mit ausführlichen Baubeschreibungen vor. Nach einer Analyse der synagogalen Entwicklung und Innenraumordnung bis 1933 geht sie der Frage nach, auf welcher Grundlage Synagogen ab 1950 neu erbaut wurden. Für die Zu- bzw. Einordnungen werden die zeitgenössische christliche Sakralarchitektur, die Kuppel im Synagogenbau, die Entwicklung in den USA etc. in den Blick genommen.¹⁰⁷ Meitar Tewel forscht am Institut für die Geschichte und Theorie der Architektur der ETH Zürich zu Gebäuden und städtischen Strukturen, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland auf ehemaligen jüdischen Stätten errichtet wurden. Steffen Heidrich untersucht in seinem Dissertationsprojekt an der TU Dresden „Wandlungsprozesse lokaler jüdischer Gemeinden nach der Shoah im Zeitraum von 1945 bis 2010“ mit einem besonderen Fokus auf die Gemeinden in Dresden und Würzburg.¹⁰⁸ Und Hendrik Althoff widmet sich in seinem Dissertationsvorhaben der Enteignung und Rückerstattung jüdischen Grundeigentums in Hamburg. Dabei geht er unter anderem der Frage nach der Bedeutung von Orten und Bauten für einen Wiederaufbau jüdischen Lebens nach und untersucht ausgewählte Beispiele aus verschiedenen Perspektiven: „als Grundstücke, Bauwerke, Stätten und Symbolorte.“¹⁰⁹

106 Saarbrücken, Stuttgart, Erfurt, Chemnitz, Dortmund, Bonn, Münster, Offenbach, Düsseldorf, Hannover, Osnabrück, Würzburg, Mannheim, Gelsenkirchen, Recklinghausen, (Aachen – Umbau), Minden, Hagen, Paderborn, Bremen, Trier, Essen, Berlin, Hamburg, Kassel, Wiesbaden, Karlsruhe.

107 Veröffentlicht als Lange-Wittmann: *Synagogenarchitektur 1950 bis 1971 in Deutschland*.

108 Einige Ergebnisse sind bereits veröffentlicht, u. a. in Steffen Heidrich: Transnationale Gemeinden? Der Einfluss jüdischer Remigration und Diaspora auf die Entwicklung der jüdischen Gemeinden in Dresden und Würzburg nach 1945. In: *Medaon. Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung* 15,29 (2021). http://www.medaon.de/pdf/medaon_29_heidrich.pdf (01.03.2023). Ich danke ihm nicht nur für seine Bereitschaft, einige seiner Erkenntnisse mit mir zu teilen, sondern vor allem dafür, dass mir unsere Gespräche dabei geholfen haben, die Relevanz eines Perspektivwechsels stärker zu reflektieren.

109 Hendrik Althoff: Dissertationsprojekt „Überlebende Orte? Das Grundeigentum jüdischer Gemeinden zwischen Raub und Restitution (1930–1960)“. In: *Universität Hamburg. Arbeitsbereich Deutsche Geschichte*, o. D. <https://www.geschichte.uni-hamburg.de/arbeitsbereiche/deutsche-geschichte/personen/althoff.html> (Zugriff am 08.07.2024).

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft



Veröffentlicht mit freundlicher Unterstützung der Stiftung Irène Bollag-Herzheimer,

der Stiftung Kritische Kunst- und Kulturwissenschaften,

der Ursula Lachnit-Fixson Stiftung und der Kurt und Hildegard Löwenstein-Losten Stiftung.

URSULA LACHNIT-FIXSON
STIFTUNG



Gedruckt auf Maestro Print (FSC-Papier).

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2026 Neofelis Verlag GmbH, Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Die automatisierte Analyse des Werkes, um daraus Informationen insbesondere über Muster,
Trends und Korrelationen gemäß § 44b UrhG („Text und Data Mining“) zu gewinnen,
ist untersagt.

Umschlaggestaltung: Marija Skara

Lektorat: Neofelis Verlag (eh / mn)

Satz: Hauptsatz, Susanne Lomer

Druck: Drusala s. r. o., Dobrá (CZ)

ISBN (Print): 978-3-95808-449-0

ISBN (PDF): 978-3-95808-500-8

www.neofelis-verlag.de

Neofelis Verlag GmbH, Kuglerstr. 59, D-10439 Berlin, info@neofelis-verlag.de